

25.09.14 25 JAHRE MAUERFALL

Spaten statt Kalaschnikow

Vor 50 Jahren ließ die DDR als einziges Ostblockland einen Wehrersatzdienst zu. Wer Bausoldat wurde, galt trotzdem als Staatsfeind. Unser Autor hat das erlebt

Foto: Privatarchiv A.Ilse



Bausoldaten In der "Glocke"/ Privatarchiv A.Ilse/ 1984

Von Matthias Gretzschel

Google Anzeige

Romantisches Hotel

Das Hotel Villa Contessa ist ein echter Geheimtipp für Romantiker!

www.villa-contessa.de

Am Morgen des 1. November 1977 stehe ich mit etwa 300 jungen Männern auf einem großen Parkplatz direkt hinter dem Eingangstor einer Kaserne in Strausberg bei Berlin. Die meisten von uns rauchen, einige reißen Witze, alle sind angespannt. Während wir hier ausharren müssen, setzt Nieselregen ein, und der grau verhangene Himmel passt gut zu dem, was mich in den nächsten 18 Monaten zu erwarten droht. An diesem trüben Novembertag bin ich 20 Jahre alt und trete meinen Wehrersatzdienst an. Irgendwann werde ich aufgerufen und registriert, dann schickt man mich zu einer kleinen Gruppe, die abseits von der großen Menge der normalen Rekruten wartet. Nach etwa zwei Stunden sind es 23 junge Männer, als wir uns untereinander bekannt machen, stellt sich schnell heraus was uns verbindet: Es ist der goldene Spaten, den wir in den folgenden anderthalb Jahren auf den Schulterstücken unserer Uniformen tragen werden. Offiziell heißen wir Bausoldaten, meistens nennt man uns aber Spatensoldaten.

Ich trage die Uniform der Nationalen Volksarmee (NVA), bin aber kein richtiger Soldat der Truppe. Ich bin Waffendienstverweigerer, werde nie eine Kalaschnikow in die Hand nehmen, keinen Fahneid leisten und an keinem Manöver teilnehmen, gehöre aber trotzdem der NVA der DDR an. Es ist eine Besonderheit der DDR, die es in keinem anderen Ostblockland gibt: Unter dem Druck der evangelischen Kirche hat die SED zwar keinen Zivildienst wie in der Bundesrepublik zugelassen, aber immerhin einen Wehrersatzdienst, der vor genau 50 Jahren ins Leben gerufen wurde.

Nachdem die DDR 1962, übrigens sechs Jahre nach der Bundesrepublik, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte, beschloss der Nationale Verteidigungsrat am 7. September 1964 die Aufstellung von "Baueinheiten", für diejenigen, die den Wehrdienst mit der Waffe aus "religiösen oder ähnlichen Gründen" ablehnten. Bei mir kommt da einiges zusammen. Als ich bei der Musterung im Herbst 1975 dem zuständigen Hauptmann erkläre, dass ich Bausoldat werden will, leugnet er erst einmal, dass es so etwas überhaupt gibt. Ob ich denn nicht wisse, dass jeder NVA-Soldat Friedensdienst leiste? Nachdem er in meinen Unterlagen gesehen hat, dass ich Pastorensohn bin, in einer privaten Buchhandlung arbeite und demnächst mit dem Theologiestudium beginnen will, erlahmt sein Eifer. Mit solchen wie mir ist ohnehin kein Staat zu machen, denkt er sich wohl und schreibt in den Musterungsbescheid den Dienstgrad Bausoldat. Viele meiner Kameraden haben es schwerer gehabt, mussten sich gegenüber der Musterungskommission in Gesprächen behaupten, die eher an Verhöre erinnerten.

In der DDR-Öffentlichkeit sind Bausoldaten ein Tabu-Thema, über den Wehrersatzdienst wird in den Zeitungen und im Fernsehen nicht berichtet. In DDR-Lexika taucht das Stichwort Bausoldat nicht auf, Informationen bekommt man nur über die Kirchen, vor allem über die evangelischen Jugendpfarrämter. Dass sich nur etwa geschätzte drei Prozent der Wehrpflichtigen für den waffenlosen Dienst entscheiden, liegt aber nicht nur an der mangelnden Information. Denn es geht um eine Lebensentscheidung, die Folgen haben kann. Man verhält sich zwar gesetzeskonform, distanziert sich aber von der Ideologie des SED-Staates. Und das bekommt man zu spüren, normalerweise erhält ein ehemaliger Bausoldat keine Zulassung für ein Hoch- oder Fachschulstudium, wenn er sich nicht für Theologie entscheidet. Auch die Chancen für einen beruflichen Aufstieg stehen nicht gut.

Im Stasi-Jargon sind Bausoldaten "feindlich-negativ" eingestellt. Daher müssen sie überwacht und bespitzelt werden, was dem Ministerium für Staatssicherheit allerdings enorme Probleme bereitet. Bausoldaten lassen sich nur in absoluten Ausnahmefällen als Spitzel anwerben, und die gezielte Platzierung von Inoffiziellen Mitarbeitern erfordert enormen Aufwand. Nach Erkenntnissen der Stasi-Unterlagenbehörde konnten daher nur in wenigen Fällen IMs mit fingierten Lebensläufen erfolgreich eingesetzt werden.

16 von den 23 Bausoldaten, mit denen ich im November 1977 eingezogen wurde, sind angehende Theologiestudenten, zehn Protestanten, sechs Katholiken. Noch am selben Tag müssen wir zum Friseur, der uns einen "militärischen Haarschnitt" verpasst, für einen Jugendlichen in den 1970er-Jahren eine schwere Demütigung. Tags darauf beginnt die zehntägige Grundausbildung, die uns mit dem militärischen Drill vertraut macht: Marschieren, Dienstvorschriften, Politunterricht und noch mal Marschieren. Am letzten Tag dann das Gelöbnis, das wir statt des Fahneneids ablegen müssen. "Genossen Bausoldaten: Auch wenn Sie es nicht mitsprechen, gilt das Gelöbnis durch Ihre Anwesenheit als abgelegt", sagt der Major. Als er den Text, in dem viel vom sozialistischen Vaterland, von Treue und Pflichterfüllung die Rede ist, anschließend vorliest, schweigen die meisten. Danach werden wir samt Ausrüstung auf Lastwagen verfrachtet, um zu unseren künftigen Standorten zu fahren. Wo das sein wird, verrät man uns nicht. "Das brauchen Sie nicht zu wissen", sagt ein Major auf meine Nachfrage. Ich lande schließlich in Zittau, einer kleinen Stadt in der Lausitz. "Offiziershochschule Ernst Thälmann", steht an der Kaserne, durch deren Tor der Lkw am späten Abend rollt und mich als letzten Bausoldaten absetzt.

Laub fegen, Öfen heizen, Küchenabfälle wegbringen, die Dienstzimmer der Offiziere wischen – das sind in den kommenden anderthalb Jahren meine Aufgaben. Nachdem die Bausoldaten in den ersten Jahren tatsächlich zum Bau von militärischen Anlagen wie Flugplätzen herangezogen wurden, werden sie seit 1973 für vergleichsweise friedliche Aufgaben eingesetzt. Allerdings sieht sich die SED mit einem immer größeren Potenzial an Wehrdienstverweigerern konfrontiert. Ein signifikanter Anstieg vollzieht sich Ende der 1970er-Jahre im Zusammenhang mit dem Erstarken der Friedensbewegung, für die in der DDR vor allem die evangelischen Kirchen den nötigen Freiraum bieten. Trotzdem bleibt die Zahl vergleichsweise gering, von 1964 bis zur Auflösung der NVA 1990 werden insgesamt nur etwa 11.000 bis 15.000 Bausoldaten eingezogen. Nach Aussage des Historikers Matthias Rogg vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, der interne NVA-Akten gesichtet hat, rechnete die SED-Führung für die 1990er-Jahre allerdings mit einem regelrecht sprunghaften Anstieg der Zahlen.

Viele Bausoldaten sehen ihre Entscheidung als schwierigen Kompromiss, denn eigentlich lehnen sie die NVA ab und würden viel lieber einen sozialen Friedensdienst (SoFd) leisten, für den sich die SoFd-Initiativen innerhalb der evangelischen Kirche seit 1981 einsetzen. Aber hier schreitet der Staat rigoros ein, gibt Kirchenvertretern zu verstehen, dass es nichts zu verhandeln gibt, und setzt Spitzel ein, um die SoFd-Aktivisten zu bekämpfen. Honecker bezeichnet sie in einem persönlichen Fernschreiben an SED-Funktionäre als "staats-, verfassungs- und friedensfeindlich". So bleibt es dabei: Wer auch den Bausoldatendienst ablehnt, dem droht eine zweijährige Haftstrafe. Das riskieren nur wenige, die meisten "Totalverweigerer" sind Zeugen Jehovas. Aber im Prinzip betrachtet die SED auch uns Bausoldaten als Feinde. Unser Dienst sei, so steht es in NVA-Schulungsunterlagen, "das einzig mögliche und vor dem Volk noch vertretbare Zugeständnis unserer Regierung an die Wehrdienstverweigerer aus Glaubens- und Gewissensgründen". Manche Offiziere werden noch deutlicher. "Genosse Bausoldat, wissen Sie, wozu wir Sie im Ernstfall brauchen? Zum Einschießen", erklärt mir gleich am zweiten Tag in Zittau mein Kompaniechef, der das für einen gelungenen Scherz hält.

In den 18 Monaten Wehrersatzdienst stehen mir offiziell 18 Tage Urlaub zu. Die Erfahrungen der Bausoldaten, von denen viele bis heute untereinander Kontakt halten, sind sehr unterschiedlich. Für manche ist die Armeezeit ein Albtraum, andere treffen auf Vorgesetzte, die sich menschlich verhalten. Obwohl der Alltag auch in der Zittauer Offiziershochschule der für die NVA typischen Willkür unterworfen ist, habe ich ziemlich viel Glück. Ich selbst muss kaum Schikanen erdulden, und unter den Bausoldaten gibt es jene Solidarität, die sich unter gleichgesinnten Minderheiten häufig entwickelt. Wir tauschen Bücher aus, diskutieren über Politik, hören mit einem versteckt gehaltenen Kassettenrekorder Biermann-Lieder, besuchen Kirchenkonzerte und versuchen uns auch sonst dem NVA-Alltag so gut es geht zu entziehen. Wenn ich außerhalb der Kaserne in Uniform unterwegs bin, spüre ich oft Sympathie.

Die Motive der Verweigerer sind sehr unterschiedlich. Nicht nur Christen haben sich für diesen Schritt entschieden, sondern auch Pazifisten und seit den späten 1970er-Jahren zunehmenden auch Menschen, die das DDR-System aus politischen Gründen ablehnen. Viele von ihnen engagieren sich auch später in der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung der DDR. "Hier ist ebenso eine Quelle der friedlichen Revolution zu entdecken wie ein Motiv für ihre Gewaltfreiheit zu finden", schreibt der frühere Leipziger Oberbürgermeister und Bundesminister Wolfgang Tiefensee, der selbst Bausoldat war.

Dass nach den ersten freien Volkskammerwahlen mit Rainer Eppelmann ausgerechnet ein ehemaliger Bausoldat der letzte Chef der Nationalen Volksarmee wird und diese abwickelt, ist eine schöne Pointe der DDR-Geschichte. Die Vorstellung, wie NVA-Generäle vor dem Ex-Spatensoldaten salutieren müssen, gefällt mir gut. Der Pastor, der im Kabinett von Lothar de Maizière das Amt des "Ministers für Abrüstung und Verteidigung" übernimmt, bezieht im Frühjahr 1990 ausgerechnet in jener Kaserne Quartier, vor der ich am 1. November 1977 im Nieselregen darauf warten musste, 18 Monate meines Lebens als Spatensoldat zu verbringen.

Buchtipps: Andreas Pausch: "Waffendienstverweigerung in der DDR". Archiv Bürgerbeweg. Leipzig, 195 S., 10,80 €; Wolfgang Kliezt: "Ostseefahren im Kalten Krieg". Ch. Links Verlag, Berlin, 29,90 € Den sechsten Teil unserer Serie lesen Sie am Donnerstag, dem 2. Oktober

Das könnte Sie auch interessieren

Hamburger Abendblatt



Wissensgesellschaft
Ein Professor erklärt,
warum Wikipedia gut ist

Hamburger Abendblatt



Konzert-Tipp
Amsterdam Klezmer
Band: Wilder Sound in der
Fabrik

Hamburger Abendblatt



Eishockey
Hamburg Freezers
gewinnen in Straubing mit
5:2

Hamburger Abendblatt



Konzert-Tipp
KMPFSPRT: Großer
Krach im Kleinen Donner

Empfohlen von